

POLNISCH-BELARUSISCHE GRENZKRISE

Hintergrund

Wie die Krise begann

Situation von "People on the Move" in Belarus

Die Antwort des polnischen Staates

Situation von "People on the Move" in Polen

Kampf, Solidarität und Unterstützung

Gerichtsverfahren und Inhaftierung in Polen

"Wir sind alle Flüchtlinge"

Hintergrund

1.
Bis 2015 erhielt Terespol, eine polnische Stadt an der Grenze zu Belarus, die höchste Zahl an Asylanträgen in Polen. Ende 2015 schränkte Polen die Möglichkeiten zur Stellung von Asylanträgen an seinen Grenzen radikal ein. Infolge des Regierungswechsels in Polen (Beginn der konservativen Regierung der PIS-Partei) begann der Grenzschutz Anträge auf Asyl und internationalen Schutz abzulehnen. In vielen Fällen durften die Anträge gar nicht erst gestellt werden. Infolgedessen saßen viele Menschen in der nahe gelegenen belarusischen Stadt Brest fest und versuchten weiterhin, nach Polen einzureisen, indem sie zu den offiziellen Grenzübergängen kamen und



Vorwort zur Übersetzung der Broschüre ins Deutsche:

*Die Idee zur Übersetzung dieser Broschüre kam mir nach meinem Aufenthalt in der polnischen Grenzregion zu Belarus, Podlachien. Bis dahin wusste ich nicht wirklich viel über die Zusammenhänge und politischen Entwicklungen, welche zu den Ereignissen ab dem späten Sommer 2021 führten. Die Broschüre müsste von Juni/Juli 2022 sein und bietet meiner Meinung nach einen kurzen, aber guten Überblick zu den politischen Vorgängen und Verhältnissen zwischen der EU, Polen und Belarus und den daraus resultierenden Verschärfungen der Asylpolitik an diesem Stück Festung Europa in den letzten Jahren. Im zweiten Teil der Broschüre schildert die/der anonyme Autor*in die eigenen Gedanken und Erfahrungen zur Grenze und dem abschottenden Europa. Und noch während der Übersetzung des folgenden Textes kommt die Nachricht von der Entstehung des nächsten polnischen bzw. europäischen Grenzzauns: an der Grenze zu Kaliningrad.*

um Asyl baten. Im Oktober 2016 saßen etwa 1500-2000 Menschen in Brest fest. Die meisten von ihnen stammten aus Tschetschenien, aber auch aus Dagestan, Inguschetien, Georgien und Tadschikistan.

Seit 2016 verzeichnet Terespol einen starken Rückgang der Asylanträge. Viele Schutzsuchende hatten die Hoffnung auf Asyl aufgegeben und stellten keinen Antrag mehr. Es ist möglich, dass viele Menschen, die aufgrund der Gewalt in Russland und in anderen postsowjetischen Republiken das Recht haben sollten, Asyl in Europa zu beantragen, beschlossen haben, in ihren Ländern zu bleiben, wo sie noch mehr Gewalt ausgesetzt sind.

2.

Polnische Menschenrechtsorganisationen, darunter die Helsinska-Stiftung für Menschenrechte und Halina Niec Legal Aid Center, besuchten den Grenzübergang Terespol für eine Menschenrechts-Beobachtung und stellten viele problematische Merkmale in der Art und Weise fest, wie Asylbewerber*innen vom Grenzschutz behandelt werden, wenn sie in Polen Asyl beantragen. Die erste Anhörung der Asylbewerber*innen fand in Anwesenheit anderer Personen statt, welche auch die Grenze überquerten. Dies verstößt technisch gesehen gegen das Protokoll, welches das Recht auf eine individuelle Befragung in einem sicheren Raum vorsieht. Viele Asylbewerber*innen hatten Angst, in Anwesenheit anderer Menschen über Gewalt, Folter und ihre Familienbeziehungen zu sprechen. In vielen Fällen wurden die Anträge nach dem ersten Interview abgelehnt. Doch sobald ein Asylantrag zur Bearbeitung angenommen wird, lehnen die polnischen Gerichte ihn häufig ab, wenn die nach der ersten Befragung gesammelten Informationen ausführlicher sind. Das Gericht geht dann davon aus, dass die Asylbewerber*innen zusätzliche Details erfunden haben. Bei russischsprachigen Personen waren meist keine Dolmetscher*innen an der ersten und zweiten Befragung beteiligt, auch wenn die Grenzschutzbeamten*innen nicht fließend Russisch sprachen.

Auch Rechtsvertreter*innen durften bei der ersten Befragung nicht anwesend sein. In einigen Fällen beantragten Menschenrechtsorganisationen einstweilige Maßnahmen beim Europäischen



Gerichtshof für Menschenrechte. Selbst in den Fällen, in denen einer einstweiligen Verfügung stattgegeben wurde und Polen rechtlich verpflichtet war, eine*n Asylbewerber*in ins Land zu lassen, verwehrt die polnischen Grenzbeamten die Einreise. Im Jahr 2020 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass Polen durch die Missachtung der einstweiligen Verfügungen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstoßen hat.

3.

Wie auch in anderen Teilen Europas hat Belarus EU-Gelder erhalten, um die EU-Ostgrenze zu schützen. Schon vor dem EU-Beitritt war Polen beim Grenzschutz stark auf die belarusische Seite angewiesen, da sich auf belarusischem Gebiet die alte sowjetische Grenzinfrastruktur befand. Zu dieser Zeit wurde die Grenze jedoch nur in geringem Umfang überwacht. Nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 begann sich dies zu ändern und es wurde in elektronische Überwachung und Grenzpatrouillen investiert. Anwohner*innen bemerkten, dass die Grenzkontrollen zunahmten, da sie bei ihren Spaziergängen Bußgelder erhielten, wenn sie versehentlich den verbotenen Grenzstreifen betraten. Dies geschah bei der Arbeit auf dem Feld, bei der Nahrungssuche oder bei der Suche nach einem weggelaufenen Haustier. Während die EU ein Waffenembargo gegen Belarus aufrechterhielt, finanzierte sie die Grenzeinheiten mit Drohnen, Nachtsichtgeräten, Kameras und Fahrzeugen. Dies steht im Einklang mit der EU-Politik der Externalisierung an die Nicht-EU-Staaten, welche sich nicht an die Menschenrechtsbestimmungen der EU halten müssen.

2017 wurde angekündigt, dass Belarus 7 Millionen Euro von der EU für Haftzentren zur "Unterbringung von in Belarus aufgegriffenen illegalen Migranten" erhalten würde. Die Europäische Kommission, das belarusische Innenministerium und das belarusische Büro der IOM (Internationale Organisation für Migration) arbeiteten bei diesem Projekt zusammen.

Wie die Krise an der Grenze begann

1.

Im Juli 2020, nur einen Monat vor der Präsidentschaftswahl in Belarus, wurde ein neues Visaabkommen zwischen der EU und Belarus geschlossen. Mit diesem Abkommen wurden Mechanismen eingeführt, welche die Rückkehr irregulärer Migrant*innen aus der EU nach Belarus erleichtern und im Gegenzug belarusischen Bürger*innen die Einreise in die EU ermöglichen.

2.

Im August 2020 wurden die Wahlen in Belarus manipuliert. Dies löste groß angelegte Proteste aus - bei vielen in der Hoffnung, dass das korrupte Regime endlich gekippt werden würde. Da es jedoch den Anschein machte, dass Lukaschenkos Macht zunehmen würde, flohen viele Menschen von Belarus in Nachbarländer wie Polen und Litauen. Die EU hat das Wahlergebnis nicht anerkannt und begann, weitere Sanktionen gegen Belarus zu verhängen.

3.

Im Mai 2021 entführten belarusische Kräfte ein Ryanair-Flugzeug, um Raman Pratasiewicz zu entführen und zu inhaftieren. Pratasiewicz war Chefredakteur des belarusischen, regimekritischen Medienunternehmens Nexta. Daraufhin verhängten die EU-Länder weitere Sanktionen gegen das Regime. Belarus drohte der EU mit einer "Überflutung mit Migranten", und begann, seine Visabeschränkungen für Menschen aus vielen instabilen und krisengeschüttelten Ländern des Nahen Ostens und Afrikas zu lockern. Zudem kündigte sie das Abkommen mit der EU über die Erleichterung der Visaerteilung und die Rückübernahme.

4.

Große Teile Europas sahen in den Protesten in Belarus eine Chance, das Land in die hegemoniale, neoliberale, demokratische Welt einzubinden. Ihre Unterstützung für den dortigen Volksaufstand war zumindest teilweise durch ihre eigenen geopolitischen Ziele motiviert: Einflussnahme, Isolierung von Putin und Öffnung neuer Märkte für die EU. Umgekehrt übten auch Russland und Belarus Druck auf die EU aus, wann immer sie eine Gelegenheit dazu sahen. Es ist wahrscheinlich, dass die Instrumentalisierung von Migrant*innen an den Grenzen zu Polen und Litauen Teil eines umfassenderen Plans zur Destabilisierung (Anmerkung: Vermutlich ist damit die Destabilisierung der politischen Beziehungen zwischen Ost und West, aber auch zwischen den EU-Staaten gemeint) war, dem der Einmarsch in die Ukraine folgte.

Situation von "People on the Move" in Belarus

1.

Die belarusischen Behörden ermöglichten es Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika aktiv, nach Belarus und dann in das Grenzgebiet zu Polen, Litauen und Lettland zu reisen. Viele Personen und Unternehmen, die dem Regime nahestehen, haben ein internationales Netzwerk aufgebaut, welches zuvor schwierige Routen aus dem Nahen Osten und Afrika nach Belarus (manchmal über Russland) und dann weiter in die EU eröffnet bzw. vereinfacht hat.



2.

Berichten von Reisenden zufolge erleichterten verschiedene in ihren Herkunftsländern ansässige Reisebüros ihre Übersiedlung, indem sie "attraktive Reisepakete" für Belarus verkauften, die weithin als sichere und einfache Möglichkeit des Zugangs zur EU beworben wurden. Diese Agenturen führten die Menschen in die Irre, indem sie ihnen vorgaukelten, sie müssten lediglich nach Belarus reisen, ein paar Kilometer auf die polnische Seite der Grenze laufen und dann auf den Weitertransport in ihr gewünschtes Zielland warten. Die Pakete kosteten zwischen 4.000 und 17.000 USD, je nachdem, was darin enthalten war. Infolgedessen gab es seit August 2021 eine erhebliche Zunahme der Flüge nach Minsk, von verschiedenen Flughäfen, darunter Istanbul, Damaskus und Bagdad.

3.

Die Menschen, die in Minsk ankamen, wurden mit Lastwagen, Bussen oder Taxis an die Ostgrenzen der EU gebracht. Dort wurden sie von belarusischen Grenzschutzbeamt*innen und Soldat*innen in Lagern untergebracht und es wurde festgelegt, wann sie die Grenze zu überqueren haben. Die Lager befanden sich inmitten militärischer Grenzinfrastrukturen wie Flugzeughangars und anderen Militärbasen. Aus persönlichen Berichten wissen wir, dass die belarusischen Soldat*innen anfangs den Befehl hatten, die Menschen gut zu behandeln.

4.

Diejenigen, die das Grenzgebiet auf belarusischer Seite betraten (das von den Reisenden bald den Spitznamen "verbotene Zone" erhielt), durften es oft nicht verlassen, um in ihre Heimat zurückzukehren. Selbst wenn sie die EU-Grenze nicht mehr überschreiten wollten, hinderten die belarusischen Grenzbeamt*innen sie daran, die Zone zu verlassen. In der Zone setzten belaru-

sische Beamte*innen Folter ein, darunter Schläge, Drohungen mit Gewehren, Verfolgung mit Hunden, Diebstahl, Vergewaltigung und das Stoßen von Menschen in Flüsse (wo einige ertranken), vor allem gegenüber Menschen, die mehrere Male Opfer von Push-Backs geworden waren. Lebensmittel, Wasser, SIM-Karten und Kleidung waren sehr teuer. Die Menschen mussten teure Bestechungsgelder zahlen, um das Gebiet aus irgendeinem Grund verlassen zu können, sei es, weil sie medizinische Hilfe brauchten, ihre Vorräte aufstocken mussten oder einfach in ihr Land zurückkehren wollten.

5.

Die belarussische Seite unternahm keine Versuche die Tatsache zu verbergen, dass Menschen die Grenze überquerten. Sie machten oft Lärm, um die Aufmerksamkeit der polnischen Seite zu erregen, die es dann leichter hatte, die Menschen einzufangen und zurückzudrängen. Manchmal wurden Personen, die von den polnischen oder belarussischen Kräften aufgegriffen wurden, dutzende von Kilometern weit weg gebracht und gezwungen, die Grenze (nach Polen oder Belarus) zu überqueren. Dieses ständige Hin- und Herschieben von Menschen von einer Seite auf die andere scheint weiterhin die Strategie beider Staaten zu sein, diese Krise für ihre eigenen politischen Zwecke zu nutzen und zu verstärken.

6.

Um die EU zu besänftigen und Sanktionen zu vermeiden, begann Belarus mit Razzien in Wohnungen, in denen sich Menschen versteckt hielten, um sie in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Es wurde sowohl von freiwilligen Rückführungen als auch von Zwangsabschiebungen berichtet. Die polnische Regierung schätzt, dass das Lukaschenko-Regime rund 3.000 Menschen nach Syrien und Irak abgeschoben hat.



7.

Einer der zentralen Orte, an denen Menschen auf der Flucht untergebracht wurden, war ein Lagerhaus in Bruzgi/Belarus, wo hunderte von ihnen wochen- oder sogar monatelang festgehalten wurden. Die Bedingungen waren schlecht, sie hatten keinen Zugang zu Duschen oder Kücheneinrichtungen, und Güter wie Lebensmittel und Wasser wurden zu einem drastisch erhöhten Preis verkauft. Im März 2021 beschloss das belarusische Regime, das Lager in Bruzgi zu schließen, in dem sich die am stärksten gefährdeten Gruppen aufhielten - vor allem Familien mit kleinen Kindern und Menschen mit Behinderungen - und zwang sie, die polnische Grenze zu überqueren.

8.

Als Reaktion auf die Situation in Belarus haben viele Länder ihre Flüge nach Minsk eingestellt. Die Türkei hat Bürger*innen aus Syrien, Jemen und Irak verboten, nach Minsk zu fliegen. Daraufhin begannen die Menschen, über Moskau nach Minsk zu fliegen, was ihren Weg in die EU noch gefährlicher, komplizierter und teurer machte.

9.

Die Zahl der Todesopfer auf der belarusischen Seite ist nicht bekannt. Das belarusische Regime verwehrt unabhängigen Journalist*innen und Organisationen den Zugang zum Grenzgebiet. Die belarusischen Medien werden stark vom Regime kontrolliert. Es gibt persönliche Berichte von Personen, die tote oder sterbende Menschen gesehen haben oder beobachteten, wie Leichen in Sümpfe und Flüsse geworfen wurden, aber diese Informationen sind schwer zu bestätigen. Wir wissen, dass Menschen vermisst werden, die vermutlich diese Route nahmen, da ihre Familienangehörigen häufig Organisationen und Einzelpersonen kontaktieren, welche bei der verzweifelten Suche nach den Vermissten Unterstützung leisten. (Anmerkung: Seit Beginn der humanitären Krise an der polnisch-belarusischen Grenze werden zudem 186 Menschen vermisst, Stand Oktober 2022.)

Die Antwort des polnischen Staates

1.

Als Gegenreaktion wurde mit Militanz geantwortet; es wurden Berufs- und Reservestreitkräfte eingesetzt, um die Grenze zu sichern. Entlang der Grenze wurden in Sichtweite zueinander Beobachtungsposten eingerichtet. Als Reaktion auf einen beobachteten Grenzübertritt oder -versuch riefen die Soldat*innen häufig sowohl die Polizei als auch den Grenzschutz auf den Plan. Der Grenzschutz ist nach EU-Recht für die Aufnahme und Abfertigung von Grenzgänger*innen zuständig, doch wurden stattdessen illegale Push-Backs mit Hilfe der Streitkräfte und deren Militärfahrzeugen durchgeführt.

Letztlich sind alle Ausdrucksformen der militarisierten Flügel der Regierung stark in die Durchsetzung dieses Grenzregimes eingebunden. Das polnische Militär errichtete mehrere neue "temporäre" Lager, oft in Städten und Dörfern der Grenzregion (z.B. auf dem Gelände einer örtlichen Tankstelle oder auf einem Feld direkt neben einem Dorf). Sie brachten Militärausrüstung wie z.B. Radpanzer mit und häufig sah man Militärangehörige in voller Kampfausrüstung herumlaufen und einkaufen.

Schnell wurden Mittel für Fahrzeuge mit Wärmebildkameras, für Spezialdrohnen, geländegängige Quads und andere Ausrüstung für den Einsatz an der Grenze bereitgestellt. Im Oktober 2021 kündigte die polnische Regierung Finanzierungspläne für die uniformierten Dienste für den Zeitraum 2022-2025 an, in denen über 10 Milliarden PLN (ca. 2 Mrd. Euro) für die Entwicklung und Ausbildung der Grenztruppen, der Polizei, der staatlichen Feuerwehr und der staatlichen Schutzdienste bereitgestellt werden. Die Polizei wird fast 6,5 Milliarden PLN erhalten, die Grenztruppen über 1,4 Milliarden PLN.

2.

Seit dem EU-Beitritt Polens wurde die elektronische Überwachung an der Außengrenze kontinuierlich verbessert. Als sich die Grenzübertritte im Spätsommer 2021 häuften, setzte der Grenzschutz anfangs vor allem auf personelle und mechanische Prävention, z.B. mit Stacheldrahtrollen. Mit der Zeit wurden jedoch mehr Mittel für elektronische Präventionsmaßnahmen bereitgestellt, wobei Mittel wie Bewegungs- und Überwachungskameras die Kontrollpunkte der Polizei ersetzten. Der Einsatz von Drohnen und die Überwachung von Telefongesprächen in der Region wurden üblich, wobei die Grenzschutzbehörden unter anderem Technologien zum Abfangen von Telefonsignalen einsetzten.

Wir wissen nicht, in welchem Umfang diese und andere Überwachungstechnologien genutzt und eingesetzt werden. Da die Reaktion der Behörden als eine Art militärische Selbstverteidigungsmaßnahme dargestellt wird, ist vieles von dem, was sie tun, nicht öffentlich bekannt oder die Informationen sind schwierig und zeitaufwendig zu beschaffen.

3.

Im September 2021 richtete die Regierung in der Grenzregion eine Sperrzone von etwa 3,0 km Breite ein, rief den Ausnahmezustand aus und verletzte die Rechte der dort lebenden Menschen. Die Polizei richtete mehrere Kontrollpunkte ein und begann, alle Personen, die sich in der Zone aufhielten, zu verfolgen. Die Region war für humanitäre Organisationen und unabhängige Journalist*innen nicht zugänglich, was zu der anhaltenden Atmosphäre der Geheimhaltung beitrug. Die Sperrzone wurde zunächst für einen Zeitraum von 30 Tagen eingerichtet, dann aber um weitere 60 Tage verlängert, womit die längste gesetzliche Frist für die Durchsetzung einer solchen Zone gemäß der Verfassung erreicht wurde. Nach dieser Zeit trat eine ministerielle Sonderregelung in Kraft, um die Zone aufrechtzuerhalten, was zu einem Verbot der Einreise und des Aufenthalts in der Zone führte, das noch mehrere Monate andauerte. Die Sonderregelung ist nicht zeitlich begrenzt; eine verfassungswidrige Maßnahme, die in Polen zur Regel geworden ist.

4.

Die polnischen Behörden begannen, nationale Gesetze zu verabschieden, die sofortige Ausschaffungen legalisierten, wenngleich solche Pushbacks schon vorher stattgefunden hatten. Im August änderten sie die Gesetzgebung in einer Weise, die es den Grenzbeamt*innen erlaubte, jede Person, die „illegal“ nach Polen eingereist war, auf mündliche Anweisung "an die Grenze zurückzuschicken". Im Oktober wurde dann eine Änderung vorgenommen, die als "Ausweisungsgesetz" bezeichnet wird und den Grenzschutzbeamt*innen nicht nur die Befugnis gab,

Menschen aus dem Land zu drängen, sondern sie auch auf eine "Unerwünschtenliste" zu setzen, die ihnen die Einreise nach Polen und in die Region Schengen für mehrere Jahre untersagt.

5.

Im Januar 2022 hat Polen mit dem Bau eines Grenzzauns begonnen, der einen massiven Transfer von Geldern vom Staat an private, regimetreue Unternehmen bedeutete. Dieser Zaun stellt nicht nur eine weitere Gefahr für die Menschen auf der Flucht dar, sie durchschneidet und zerstört Teile des ältesten Urwalds Europas: Bialowieza. Dieser ist ein international geschütztes Umweltgebiet von hoher ökologischer Bedeutung. Die Kosten des Zaunes belaufen sich auf 1,6 Milliarden PLN (336 Mio. EUR) und die baulichen Massnahmen wurden im Juli 2022 abgeschlossen. In manchen Gebieten wurde kein Zaun errichtet, da Gewässer die Grenzbarriere darstellen.

6.

Die Sperrzone und die ständige Überwachung der Grenzregion sind repressiv gegenüber allen Einwohner*innen, unabhängig von ihrem Engagement. Es kam häufig vor, dass wir während einer einzigen Autofahrt mehrmals angehalten wurden und die Polizei immer wieder fragte, wohin wir gehen, was wir tun usw... Neben diesen inzwischen normalisierten Aspekten des staatlichen Vorgehens gibt es auch spezifische Repressionen gegen diejenigen, die dafür bekannt sind oder verdächtigt werden, Menschen auf der Flucht zu helfen. Anwohner*innen und Aktivist*innen wurden angehalten, wenn sie Lebensmittel, Kleidung oder Campingausrüstung im Auto mit sich führten, wenn sie an einem Ort angetroffen wurden, der von den Behörden als "ungewöhnlich" eingestuft wurde, oder wenn sie zuvor an einem "suspekten" Ort gesehen wurden. Es kam häufig vor, dass Polizei und Grenzschutz versuchten, die Menschen einzuschüchtern, indem sie Autos durchsuchten und Personen zur Seite nahmen, um Identitätskontrollen durchzuführen. Sie suggerierten den Leuten, dass sie etwas Illegales täten, und versuchten durch detaillierte Fragen oder den Versuch, die IMEI-Nummern von deren Handys zu erfahren (eindeutige Hardware-Nummer eines Mobiltelefon/Smartphone), mehr Informationen zu erhalten.

Die Soldat*innen der territorialen Verteidigungskräfte in der Region sind für ihr besonders gewalttätiges Verhalten bekannt. Bei Kontrollen weisen sie sich nie aus. Sie zogen schon Menschen mit vorgehaltener Waffe aus Autos, warfen sie zu Boden, schrien sie an, bedrohten sie, hielten Fahrzeuge gewaltsam an und verboten ihnen die Weiterfahrt. Ähnliche Übergriffe erlebten auch Journalist*innen, die in der Region arbeiten.

Die Polizei hat mindestens drei Razzien bei aktivistischen Stützpunkten und einer Touristenunterkunft durchgeführt, die im Verdacht standen, Geflüchtete zu beherbergen. Es gab Fälle, in denen sich Soldat*innen im Gebüsch versteckt hielten oder in Autos vor Privathäusern und Aktivist*innen-Unterkünften saßen. Im März 2022 wurden mehrere Personen wegen der Organisation eines illegalen Grenzübertritts verdächtigt und anschließend für 48 bis 72 Stunden festgehalten. Die Staatsanwaltschaft beantragte in diesem Fall eine dreimonatige Inhaftierung, die vor Gericht jedoch nicht anerkannt und bestätigt wurde.

Situation von "People on the Move" in Polen

1.

Die Menschen, die unterwegs sind, sind Wind, Kälte, Feuchtigkeit, Moskitos oder dem Mangel an angemessener Kleidung ausgesetzt. In einigen Fällen wurden Menschen von den polnischen oder belarusischen Behörden Kleidung und Schuhe gestohlen. Oft sind sich die Menschen nicht bewusst, welche Wildnis vor ihnen liegt, und sind auch nicht auf den harten Winter vorbereitet. In einigen Regionen mussten die Menschen Flüsse und dichte Wälder durchqueren.

2.

Die polnischen Grenztruppen haben die Telefone von People on the Move zerstört, indem sie das Telefon einfach zertrümmerten oder die Ladeanschlüsse und SIM-Kartenfächer erheblich beschädigten, um sicherzustellen, dass das Gerät nicht repariert werden kann. Wenn das Telefon einer Person kaputt ist und diese Person nach Belarus zurückgeschoben wird, ist sie gezwungen, entweder das Risiko des erneuten Grenzübertritts ohne Kommunikationsmittel einzugehen oder in eine der belarusischen Städte zurückzukehren. In der Stadt angekommen, müssen die Menschen dann noch mehr von ihren Ersparnissen für ein neues Telefon ausgeben, was ihre Situation weiter verschlechtert.



3.

Die Intensität der Bedingungen führt regelmäßig dazu, dass die Menschen krank werden oder sich verletzen, wobei das Risiko durch die begründete Angst, erwischt und zurückgedrängt zu werden, noch erhöht wird. Oft sind die Menschen ohne Nahrung und Wasser unterwegs oder riskieren es, aus Tümpeln und Pfützen zu trinken, um nicht entdeckt zu werden. Viele Menschen berichteten, dass sie mehrere Tage im Wald blieben, ohne Zugang zu Nahrung oder Wasser zu haben. Für diejenigen, die zwischen dem belarusischen und dem polnischen Grenzzaun festsäßen, manchmal für mehrere Wochen, verschärften sich diese Probleme täglich.

4.

Selbst in Fällen, in denen People on the Move unterkühlt oder verletzt sind, wollen sie oft keinen Rettungsdienst um Hilfe bitten. Dies liegt daran, dass die Ankunft eines Krankenwagens in der Regel dazu führt, dass die Grenzbeamt*innen sie festhalten und abschieben. Daher gehen die Menschen große Risiken für ihre eigene Gesundheit ein. Örtliche Krankenwagen weigerten sich oft zu kommen, wenn sie erfuhren, dass es sich bei der hilfsbedürftigen Person um eine*n Ausländer*in in Grenznähe handelte. In Fällen, in denen eine Person auf der Flucht versucht, Hilfe für ihre*n Freund*in oder ihr Familienmitglied im Wald zu holen, wird ihnen oft die Behandlung verweigert, sie werden eingesperrt und abgeschoben. Menschen auf der Flucht, die in die Notaufnahme eingeliefert werden, leiden in der Regel an Unterkühlung, schwerer Dehydrierung und schweren Vergiftungen, die durch das Trinken von verschmutztem Wasser verursacht wurden. Die meisten Menschen werden an die Grenze zurückgeschickt und müssen nach der Behandlung im Krankenhaus nach Belarus zurückkehren. Wenn eine Person aus einer Familie ins Krankenhaus eingeliefert werden muss, wird der Rest der Familie höchstwahrscheinlich abgeschoben und von der verletzten Person getrennt, ohne dass es eine Kommunikationsmöglichkeit gibt.

5.

Psychische Traumata entstehen oft durch die Erfahrungen an der Grenze, aber auch durch frühere Erlebnisse, die die Menschen überhaupt zur Flucht getrieben haben und die durch die aktuellen Gefahren wieder aufleben. Wir haben ständig mit Menschen zu tun, die verängstigt, eingeschüchtert, nervös, verzweifelt oder stark dissoziiert und apathisch sind.

6.

Derzeit sind uns mindestens 20 Todesfälle von Menschen bekannt, die in den polnischen Wäldern unterwegs waren, wobei der erste Todesfall im September 2021 gemeldet wurde. Es ist sehr wahrscheinlich, dass noch mehr Menschen ums Leben gekommen sind, aber aufgrund der Sperrung des Gebiets und des schwierigen Zugangs aufgrund des unwegsamen Geländes noch keine weiteren Leichen entdeckt (oder gemeldet) wurden. (Anmerkung: Im Oktober 22 sind es bereits 27 Todesfälle und 186 vermisste Menschen.)

Kampf, Solidarität und Unterstützung

1.

Im August 2021 wurde eine Situation, in der eine Gruppe von Afghan*innen zwischen der polnisch-belarusischen Grenze festsaß, öffentlich gemacht und von den Medien aufgegriffen. Diese Enthüllung löste einen Zustrom von Organisationen, Journalist*innen, Politiker*innen und Aktivist*innen aus, die vor Ort protestierten und über das Ereignis berichteten. Es wurde versucht, die Menschen, die in einem behelfsmäßigen Lager festsaßen, mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten zu versorgen. Die Behörden bewachten das Lager jedoch weiterhin streng und drängten die Aktivist*innen und Demonstrant*innen weg.

2.

Eine Organisation, die in der Region tätig war, in der die afghanische Gruppe festsaß, wurde aktiv und organisierte humanitäre Hilfe für diejenigen, denen der Grenzübertritt gelang. Gleichzeitig begannen

andere Gruppen und Organisationen zu prüfen, was an anderen Stellen der Grenze getan werden könnte. Die Aktionen wurden von Anwohner*innen unterstützt, die oft schon früher auf die Problematik aufmerksam wurden und begonnen hatten, humanitäre Hilfe auf kleiner Ebene zu organisieren oder einfach nur persönliche Freundlichkeit gegenüber den Menschen auf der Flucht, denen sie begegneten, zu zeigen.

3.

Gegenwärtig sind verschiedene Einzelpersonen und Gruppen beteiligt, z. B. Anwohner*innen, lokale Umweltgruppen, sowie Fachleute und Aktivist*innen von außerhalb der Region. Es gibt Organisationen und NGOs, die sich unter dem Dach der "Grupa Granica" zusammengeschlossen haben. Es gibt auch anarchistisch ausgerichtete autonome Kollektive und NoBorder-Gruppen, die in unterschiedlichem Maße mit allen anderen genannten Einrichtungen zusammenarbeiten. Es gibt auch Gruppen, die sich aus Politiker*innen, religiösen Zusammenhängen oder Aktivist*innen aus dem Ausland zusammensetzen, die in die Region gekommen sind, um sowohl auf der polnischen als auch auf der belarussischen Seite zu arbeiten. Es gibt eine große Bandbreite an politischer Ausrichtung, Ideen und Arbeitsstilen unter den Beteiligten: konservativ ausgerichtete Menschen, selbstverliebte weiße Held*innen, Oppositionspolitiker*innen, Liberale, Anarchist*innen, langjährige Aktivist*innen, Anwält*innen und Akademiker*innen, die bereits im Migrationsbereich gearbeitet haben.

4.

Die Hilfe, die den Menschen in Not zuteil wird, ist sehr unterschiedlich. In der Regel handelt es sich um grundlegende humanitäre Hilfe wie Wasser, Lebensmittel, Medikamente, Kleidung zum Wechseln, Powerbanks und andere Dinge, welche die Migrant*innen benötigen. Angesichts der weit verbreiteten illegalen Push-Back-Praxis und der zahlreichen Schwierigkeiten bei der Beantragung von Asyl in Polen, planen und hoffen die meisten Menschen, Polen schnell zu durchqueren und westliche Länder zu erreichen, wobei einige von ihnen Anschluss an ihre Familien oder Gemeinschaften in anderen Ländern suchen. In solchen Fällen kann es ausreichend sein, materielle Unterstützung zu leisten.

Aufgrund der Belastung, der die Menschen auf der Flucht ausgesetzt sind, sind sie oft verängstigt und erschöpft von den ständigen Push-Backs und wollen in Polen Schutz beantragen, nur um nicht nach Belarus zurückkehren zu müssen. Es zeigte sich schon früh, dass Druck auf die Grenzbeamt*innen ausgeübt werden muss, um Push-Backs zu verhindern, was in der Regel durch die Erteilung von Vollmachten an Aktivist*innen und die Einschaltung der Medien geschah. Diese Bemühungen wurden in der Region jedoch ausgebremst; diese Formen der Hilfe wurden nutzlos, da die Menschen trotzdem nach Belarus abgeschoben wurden. Das wichtigste juristische Verfahren zur Verhinderung von Push-Backs ist ein Antrag auf einstweilige Verfügung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGH).

Im Jahr 2021 wurden für Polen die meisten Anträge vom EuGH befürwortet, weil man eine Ausweisung der Menschen nach Belarus befürchtete. Mit der vorläufigen Maßnahme werden die polnischen Grenzbehörden beauftragt, eine Person nicht mehr zurückzudrängen und ihren Antrag auf Schutz anzunehmen. Um eine vorläufige Maßnahme zu beantragen, müssen Informationen und Unterschriften von untergetauchten Personen gesammelt werden, und wenn der Papierkram erledigt ist, müssen die Behörden über die Anwesenheit der Personen informiert werden.

Leider ist es nicht ungewöhnlich, dass Menschen zurückgeschoben werden, bevor die Papiere vom



EuGH eintreffen. Daher ist es notwendig, die Menschen bei der Suche nach Unterschlupfmöglichkeiten und sicheren Unterkünften sowie beim Umzug dorthin zu unterstützen.

Gruppen von Mediziner*innen, die auf die Situation an der Grenze reagierten, verbrachten mehrere Monate in der Region und schlossen sich den Einsätzen von Freiwilligen oder Anwohner*innen an, bei denen spezialisierte medizinische Hilfe benötigt wurde. Es gab auch medizinisches Personal in einigen Krankenhäusern, das sich den Maßnahmen der Behörden widersetzte und an seinen Arbeitsplätzen Unterstützung organisierte.

Als der Winter kam und die Temperaturen auf bis zu -20 Grad sanken, veranlasste die berechtigte Angst vor dem Tod durch Unterkühlung einige Anwohner*innen, in ihren Häusern Schutz für die Schwächsten und Gefährdetsten zu bieten.

Weitere Unterstützung wird für diejenigen organisiert, die in sogenannten geschlossenen Lagern untergebracht sind. Oftmals besuchen Anwohner*innen und Aktivist*innen, die die Menschen auf der Flucht kennengelernt haben und zu ihren Bevollmächtigten wurden, die Menschen dort weiterhin und organisieren materielle und emotionale Unterstützung. Andere Gruppen haben damit begonnen, Versorgungspakete für die Menschen in den Lagern zu schnüren, Rechtsbeistand zu organisieren und die zahlreichen Proteste und Hungerstreiks zu unterstützen, die dort weiterhin stattfinden.

5.

Zweifelsohne organisieren sich viele Menschen auf der Flucht selbst, auch wenn dies durch die Intensität der Gewalt sowohl auf belarusischer als auch auf polnischer Seite erschwert wird (und trotz der Unsichtbarmachung dieser Organisation). Es ist wichtig festzustellen, dass es in Belarus im Gegensatz zu vielen anderen Transitländern entlang der Migrationsrouten keine festen Strukturen, Lager oder Organisationen gibt, die von Menschen auf der Flucht selbstverwaltet werden. Die Bedrohung durch

Razzien und die Tatsache, dass Belarus ein sehr homogenes, weißes Land ist, in dem es normalerweise keine großen Migrationsbewegungen gibt, macht es für Menschen auf der Flucht schwierig, im Verborgenen zu leben. Auch die polnische Seite der Grenze ist nach wie vor unsicher, weil die Menschen gejagt, gefangen und nach Belarus zurückgeschickt werden. Es ist also auch kein Raum, in dem feste Strukturen oder Selbstorganisationen leicht zu erkennen sind.

Es gibt jedoch viele Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung, die den Menschen, die hier unterwegs sind, offen stehen, wie z. B.: Informationsaustausch auf Online-Kommunikationsplattformen; Bildung von Gruppen auf der belarusischen Seite und gemeinsamer Versuch, die Grenze zu überqueren; gegenseitige Unterstützung mit Informationen über den Zustand der Grenze; zugängliche Hilfe oder Optionen für die Weiterreise; gegenseitige Unterstützung bei Übersetzungen während der gesamten Reise und beim Asylantragsverfahren.

Es muss erwähnt werden, dass der wichtigste Ort für die autonome Organisierung von Menschen, die in Polen unterwegs sind, die Haftanstalten sind, in denen sie eingesperrt sind. Dies ist ein Ort, an dem die Menschen nicht länger gezwungen sind, im Verborgenen zu bleiben, und an dem sie bis zu einem gewissen Grad mit den polnischen Behörden und der Öffentlichkeit in Kontakt treten können. Die Haftanstalten waren seit Beginn der Krise Schauplatz zahlreicher Unruhen, Proteste und Hungerstreiks. Es ist denkwürdig, dass die Zahl der Hungerstreiks und Suizidversuche in diesen Gefängnissen hoch ist, was zeigt, dass diese verzweifeltsten Mittel des Protests oft die einzigen sind, die Menschen unter solchen Bedingungen in Betracht ziehen.



Gerichtsverfahren und Inhaftierung in Polen

1.

Obwohl die überwiegende Mehrheit in anderen Ländern wie Deutschland, Belgien, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden Zuflucht sucht, beschließen einige der Menschen, die die belarussische Grenze überquert haben, in Polen Asyl zu beantragen. Insbesondere in Situationen, in denen sie mehrmals von den Grenzbeamt*innen aufgegriffen wurden, oder nach einem Krankenhausaufenthalt.

2.

Nach der Stellung eines Erstantrags entscheiden die örtlichen Gerichte, ob ein*e Asylbewerber*in für die Dauer des Asylverfahrens in einem geschlossenen Lager, einem offenen Lager oder einer Privatunterkunft untergebracht wird. Wenn eine Person außerhalb eines Lagers untergebracht wird und alleinstehend ist, erhält sie etwa 4,50 Euro pro Tag, und weniger als 3 Euro pro Tag pro Person, wenn sie Teil einer Familie ist. In der Realität ist es mit dieser Unterstützung nicht möglich, zu überleben.

3.

Die geschlossenen Lager können leicht mit Gefängnissen verglichen werden und ihr Hauptzweck besteht darin, die dort untergebrachten Personen zu isolieren. Theoretisch darf eine Person nur unter strengen, gesetzlich festgelegten Bedingungen in einem geschlossenen Lager untergebracht werden, z. B. wenn sie eine Bedrohung für die Sicherheit des Staates darstellt oder die Gefahr einer Flucht aus dem Land besteht. Die überwiegende Mehrheit der Menschen an der belarussischen Grenze wird jedoch direkt von der Grenzschutzbehörde in die geschlossenen Lager gebracht. Die Asylbewerber*innen in diesen Lagern können das Land nicht verlassen und haben nur eingeschränkten Kontakt zur Außenwelt. Die Insassen dürfen keine Telefone mit Kameras oder Smartphones benutzen und haben nur begrenzten Zugang zum Internet, der sich auf YouTube und Gmail beschränkt.

Menschen, die in geschlossenen Lagern festgehalten werden, haben keinerlei Privatsphäre und sind in einem Großteil der Infrastruktur, in der sie untergebracht sind, der Überwachung ausgesetzt. Neue Vorschriften, die im August 2021 erlassen wurden, ermöglichen es den Behörden, doppelt so viele Menschen in bewachten Lagern unterzubringen wie zuvor. Derzeit werden einige von ihnen auf einer Fläche von 2 Quadratmetern pro Person festgehalten, was nicht mit internationalen Anti-Folter-Standards vereinbar ist. Darüber hinaus wurden in einem der Gewahrsamszentren bis zu 24 Personen in einem Raum von 8 Quadratmetern untergebracht. In einem Fall gab es keinen Gemeinschaftsraum, sodass die Gefangenen gezwungen waren, ihre Zeit auf den Fluren zu verbringen. Den Ergebnissen der Untersuchung durch den polnischen Menschenrechtsbeauftragten nach, sind die Bedingungen in den geschlossenen Lagern abscheulich. Für viele Menschen auf der Flucht ist die Umgebung, in der sie leben, deutlich überfüllt, wird nicht ausreichend gewartet und verfügt über mangelhafte oder unzureichende Wasser-, Sanitär- und Hygieneeinrichtungen.

Der Zugang der Gefangenen zu medizinischer und psychosozialer Hilfe ist extrem eingeschränkt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen haben die Men-



schen in geschlossenen Haftanstalten wie Wedrzyn, Bialystok, Ketrzyn und Krosno nur begrenzten Zugang zu einer angemessenen medizinischen Versorgung. Medizinische Notfälle werden in den örtlichen Krankenhäusern behandelt, aber Menschen mit weniger akuten Erkrankungen wie Asthma, chronischen Herzerkrankungen und Hautinfektionen haben Schwierigkeiten, einen Termin bei den Allgemeinärzt*innen und dem Pflegepersonal in den Zentren zu bekommen. Nach Angaben des polnischen Menschenrechtskommissars gibt es in einigen geschlossenen Zentren, z.B. in Wedrzyn, wo fast 600 Menschen untergebracht sind, nur ein oder zwei Ärzt*innen und eine*n Psycholog*in. Die von der Grenzbehörden bereitgestellten Ärzt*innen behandeln die Menschen oft wie Kriminelle. Einige Asylbewerber*innen berichteten, dass die Ärzt*innen ihre Situation mit den Worten kommentierten, sie verdienten es, inhaftiert zu werden, weil sie illegal nach Polen gekommen seien.

Die unzureichende Durchsetzung der Rechte für die in diesen Lagern untergebrachten Personen kann zur Eskalation einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung führen. Den Zeug*innenaussagen zufolge verglichen die Wärter*innen die Inhaftierten regelmäßig mit Kriminellen und teilten ihnen mit, dass sie es verdienten, inhaftiert zu werden. Es wurde von anhaltend respektlosem und verbal beleidigendem Verhalten und rassistischen Äußerungen berichtet. Aufgrund der wachsenden Zahl von Asylbewerber*innen in Polen wurden drei neue Zentren eingerichtet. Eines der neuen Zentren wurde auf dem Gelände einer aktiven Militärbasis errichtet. Die Asylbewerber*innen sind dort dem ständigen Lärm von gepanzerten Fahrzeugen, Hubschraubern, Explosionen und Schüssen von Militärübungen in der Umgebung ausgesetzt. Sie empfinden die Umgebung und den anhaltenden Lärm als besonders grausam und bedrohlich, so als ob sie damit bewusst eingeschüchtert werden sollten. Da viele der Asylbewerber*innen aus Kriegsgebieten kommen oder Gewalt und Folter erlebt haben, können diese Bedingungen zusätzlichen Stress und Traumata verursachen.

4.

Die HFHR (Helsinki Foundation for Human Rights) wies auch auf die Mängel hin, die im Laufe eines Asylverfahrens auftreten, wie z.B. eingeschränkte Möglichkeiten für Asylsuchende, Informationen über den Stand ihres Falles zu erhalten; Aushändigung von Schriftstücken in polnischer Sprache ohne Übersetzung während des Verfahrens; keine angemessene Belehrung über die Möglichkeit, nach der erstinstanzlichen Entscheidung kostenlosen Rechtsbeistand in Anspruch zu nehmen; die Verweigerung, regelmäßig mit Rechtsvertreter*innen kommunizieren zu können; Fehler bei der Übersetzung von Dokumenten. Die meisten Personen gaben an, dass sie nicht über ihre Rechte bei und während ihrer Inhaftierung informiert wurden.

5.

Fast 2.000 Menschen, darunter hunderte von Kindern, sind derzeit in verschiedenen Einrichtungen in ganz Polen inhaftiert. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zeichnet sich Polen durch die Inhaftierung einer großen Anzahl von Familien mit Kindern aus. Theoretisch darf eine Person nicht länger als 6 Monate in einem geschlossenen Lager bleiben, doch kann dies in bestimmten Fällen verlängert werden. In der Realität verbringen die Menschen in der Regel mehr als 6 Monate dort.



"WIR SIND ALLE FLÜCHTLINGE"

*Ich sitze in einem Zug und verlasse die kalten Wälder der Grenzregion, um an einen warmen und sommerlichen Ort zu fahren, der sehr weit weg ist. Ich freue mich darauf, in der Sonne zu sein, mit Freund*innen abzuhängen, am Strand spazieren zu gehen, braun zu werden. Veganes Eis zu essen, tanzen zu gehen. Ich sehne mich nach Hedonismus, Spaß, Urlaub. Ich bin erschöpft von den letzten Monaten. Etwas, das ich hinter mir lasse (und damit die Idee aufgebe, etwas Sinnvolles zu tun), ist in meinen Augen buchstäblich der Gipfel des Bösen. Ein Bauwerk, das den ältesten Wald Europas rücksichtslos durchschneidet und das, was als «grüne Grenze» bezeichnet wurde, in etwas noch Schlimmeres verwandelt. Es erfordert das Fällen uralter Bäume, die Verbreiterung von Waldwegen, Bohrungen im Boden und das Austrocknen feuchter Gebiete. Es wird eine Mauer (oder Barriere, wenn Sie so wollen) sein, welche die Bewegungsfreiheit bedrohter Tiere beeinträchtigt, die seit Jahrtausenden an diesem Ort leben. Ich zweifle nicht daran, dass viele von ihnen durch die intensiven Bauarbeiten, die dadurch verursachten Störungen und das Verschwinden ihrer Wanderrouten sterben werden. Viele sind bereits gestorben, weil sie vom Stacheldraht lebensgefährlich verletzt wurden und langsam verbluteten.*

Ich habe ein Video gesehen, das leuchtende, tiefrote Flecken im Schnee zeigt, eine Blutspur, die zum Körper eines toten Elchs führt. Ein Tier, das unsere Logik der Zäune nicht verstehen kann, egal wie. Die Barriere wurde errichtet, um Menschen daran zu hindern, auf der Suche nach einer besseren Zukunft eine imaginäre Grenze zu überschreiten. Es ist eine riesige Investition, die Millionen für Unternehmen einbringt, die immer größere Landstriche zubetonieren. Es ist auch eine politische Investition für eine rechte, nationalistische, patriarchalische, rassistische und queerfeindliche Regierung, die versucht, aus den Ängsten der Menschen vor dem Unbekannten Kapital zu schlagen, um ihre Macht und Kontrolle zu festigen. Sie erzeugen gefälschte Medien, die eine widerliche (und besonders islamfeindliche), flüchtlingsfeindliche Agenda vorantreiben und Menschen auf der Flucht als eine Bedrohung darstellen, vor der wir geschützt werden müssen.

Diese Regierung hat die Kontrolle über die nationalen Medien übernommen und daraus eine Propagandamaschine gemacht, die nach Meinung vieler, die damals dabei waren, nicht an die Propaganda der autoritären kommunistischen Ära vor dem Fall des "Eisernen Vorhangs" heranreicht. Sie brechen regelmäßig die Verfassung und versuchen, die Kontrolle über die Justiz zu erlangen, was die EU dazu veranlasste, ein Verfahren gegen sie einzuleiten, weil sie sich zu weit von der "Demokratie" entfernt haben. Sie sind heftig frauenfeindlich, und ihr fast vollständiges Abtreibungsverbot (das es illegal macht, abzutreiben, wenn ein Fötus voraussichtlich lebenslang Behinderungen aufweist oder mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in den Tagen oder Wochen nach der Geburt stirbt - denn nichts ist familienfreundlicher und lebensbejahender als eine Frau zu zwingen, eine Schwangerschaft durchzustehen, nur um das Leiden oder den Tod ihres Kindes mitanzusehen) hat bereits zu Todesfällen geführt. Sie sind vehement gegen Queer (Menschen wurden von der Polizei verprügelt und verhaftet, nur weil sie ein Regenbogensymbol oder eine Flagge trugen) und gegen Gender (sie bezeichnen Gender als eine Ideologie des Westens, die dazu dient, uns unsere politische Unabhängigkeit zu nehmen und die Bevölkerung Europas zu kontrollieren).

Diese Mauer ist in meinen Augen der Gipfel des Bösen, denn in ihr vereinen sich eine Vielzahl von Themen, Systemen und Ideologien, die nicht nur so viel persönliches Leid verursachen, sondern auch unseren kollektiven Untergang herbeiführen: Die Ausbeutung und regelrechte Zerstörung der Umwelt, die Verstärkung der Grenzen, sowohl konzeptionell als auch materiell, der Aufbau der Festung Europa, der Rassismus, die Kriminalisierung der Bewegungsfreiheit von Menschen und der Menschen selbst, der industrielle Gefängnis-Komplex, der Ausbau der Überwachungstechnologie als Mittel zur Kontrolle der Freizügigkeit und darüber hinaus, die Verherrlichung von Soldaten und ihrer Rolle beim "Schutz" der Grenzen, die Verherrlichung von Brutalität und Gewalt gegen andere, polnischer Nationalismus und Sexismus, Homophobie, Transphobie usw., religiöser Konservatismus und der autoritäre Staat, der an Stärke und Macht gewinnt. Die Mauer bringt mich dazu, zu weinen, zu schreien, zu pöbeln und zu sterben, wann immer ich mir die Zeit und den Raum gebe, echte Gefühle darüber zu empfinden. Ich gebe mir diesen Raum nicht oft, weil ich Dinge zu erledigen habe und weil ich es hasse, diese Momente der Verzweiflung, Wut und Niederlage zu erleben.

Ich erinnere mich nicht an die Zeit, in der es die Grenze nicht gab, aber ich erinnere mich an die Erzählungen meiner Großmutter über diese Zeit, und ich erinnere mich an die Zeit, als die Grenze nur eine Kuriosität in unserem Leben war. Meine liebe Oma war fast 90, als sie starb (sie musste die Mauer am Horizont zum Glück nicht mehr erleben), und als sie noch klein war, gab es diese Grenze noch nicht; als der Krieg zu Ende war, zeichnete man neue Linien auf die Landkarte, und sie wurde zufällig

genau dort platziert, wo sie sich jetzt befindet. Für Menschen wie meine Großmutter spielte sie lange Zeit keine große Rolle, denn hier und dort (auf der anderen Seite) sprachen sie dieselbe Sprache, verrichteten dieselbe Familienarbeit zu denselben Zeiten im Jahr, bauten ähnliche Lebensmittel an und starben an ähnlichen Ursachen. Wir haben uns nie so sehr von den Menschen auf der anderen Seite unterschieden, selbst als meine Großmutter schon alt war und ich ein Kind, das keinen Tag ohne die Anwesenheit der Grenzen lebte. Ich habe es nie gemocht und nie geglaubt, dass es richtig ist. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, Linien durch die Erde zu ziehen und sich dann gegenseitig umzubringen, damit sie in die eine oder andere Richtung verschoben wird. Und das ist es, was ich aus dem Geschichtsunterricht in Erinnerung habe. Dann wusste ich, dass es nur eine Frage des Zufalls war, dass ich zufällig auf einer der Seiten aufgewachsen bin, und wie anders wäre mein Leben verlaufen, wenn der Zufall es anders gewollt hätte. Belarus war eine Diktatur, alsbald ich das Konzept eines "Präsidenten" verstehen konnte, und so lange ich denken kann, hat sich der "Präsident" von Belarus bis heute nicht geändert. Ich habe das auch als Kuriosum gesehen, als ich noch ein kleines Kind war.

Lukaschenko war nur ein Typ, der einen Ort leitete, von dem der billigere Wodka, die Zigaretten und das Benzin kamen, und zu dem man die Antenne drehte, wenn man Schwarz-Weiß-Fernsehen in einer Sprache sehen wollte, die mehr an "unsere Landessprache" als an Polnisch erinnerte. Aber natürlich lernte ich früher oder später, dass wir "Demokratie" und "Freiheit" hatten, während die andere Seite autoritären Sozialismus, Gulags und KGB hatte, wie in den alten Zeiten.

*Ich habe immer mit Autoritätspersonen gestritten (meinen Eltern, dem Priester, den Lehrer*innen), ich habe oft "das ist nicht fair" gesagt und ich konnte mir leicht vorstellen, wie viel gefährlicher das Leben gewesen wäre, wenn ich mich in Belarus auf den antiautoritären Weg begeben hätte. Die Grenze machte für mich also keinen Sinn, die jungen Leute dort mussten sich mit einer viel gewalttätigeren und repressiveren politischen Ordnung auseinandersetzen, mit tieferer Armut. Und sie konnten nicht einfach diese blöde Linie überspringen und in den Westen gehen, um als billige Arbeitskraft für Pfund oder Euro zu arbeiten, wie ich es als Teenager konnte und tat.*

Und jetzt ist die Grenze nicht nur dumm, ungerecht, willkürlich oder lächerlich, sie ist die Grenze einer stark militarisierten und repressiven Zone, welche die Festung Europa vor dem furchterregenden "Anderen" schützt (oder davor, sich den Folgen von Jahrhunderten des Imperialismus und Extraktivismus zu stellen). Es ist eine Grenze, der sich oft bereits traumatisierte, erschöpfte und kranke Menschen nähern, oft ganze Familien auf der Flucht. Nicht alle schaffen es, sie zu überqueren, einige sind an Kälte und Ermüdung gestorben oder aus Gründen, die wir nie erfahren werden, da die Leichen in den Tiefen des Waldes entdeckt wurden, lange nachdem das Leben aus ihnen gewichen ist. Viele wurden bei ihrer Annäherung auf der belarusischen Seite geschlagen, wiederholt, methodisch, böseartig. Viele wurden mit Hunden aufgespürt, in den eiskalten Fluss gestoßen, ihrer Habseligkeiten beraubt, einschließlich Kleidung und Schuhen, in denen die Menschen versuchen, ihre Ersparnisse zu verstecken.

Wenn sie die Grenze überqueren, erleben sie oft ein ähnliches Schicksal, mehr Schläge, mehr Diebstahl, unmenschliche Behandlung, Verweigerung von angemessener medizinischer Hilfe. Menschen werden von den polnischen Behörden fast wahllos nach Belarus zurückgeschoben: Egal ob sie alt und gebrechlich sind, gebrochene Gliedmaßen, Unterkühlung, Epilepsie oder Diabetes haben, schwanger sind, ein Neugeborenes oder ein Baby sind. Von Anfang an verfolgte Polen eine Politik der Abschreckung durch Gewalt. Zunächst waren die Push-Backs illegal, aber das änderte sich, als Polen ein Gesetz verabschiedete, welches die Abschiebung von Menschen legalisierte, indem es den

*Grenzschützer*innen eine Fülle von Entscheidungsbefugnissen einräumte. Die Grenzschützer*innen können die Entscheidung treffen, dass Menschen Polen zu verlassen haben, ohne einen Asylantrag zu prüfen, und es gibt keine Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten. Die Menschen werden hin- und hergeschoben und überqueren die Grenze oft mehr als 20 Mal. Abgesehen von der direkten Gewalt durch die Behörden in Form von Körperverletzungen, Diebstahl oder Beschädigung lebenswichtiger Gegenstände wie Kleidung und Telefone werden die Menschen auf ihrer Reise aus berechtigter Angst, entdeckt zu werden, verletzt, krank und traumatisiert. Viele sind seit Monaten in Belarus und haben so oft versucht, die Grenze zu überqueren, dass sie erschöpft und krank wurden. Ein Push-Back nach Belarus birgt das Risiko, gefasst und zwangsweise abgeschoben zu werden. Das treibt die Menschen offensichtlich dazu, erhebliche Risiken einzugehen, wenn sie es nach Polen schaffen. Sie bewegen sich durch alte und dichte Wälder, Sümpfe und Flüsse, obwohl sie verletzt sind oder sich anderweitig unwohl fühlen - die Menschen sind oft nicht bereit, den Rettungsdienst um Hilfe zu bitten, da das Eintreffen des Krankenwagens in der Regel einen anschließenden Push-Back zur Folge hat.*

Ich habe mich immer gefragt, wann diese Grenze zu einem Hotspot der Migration wird, wenn man bedenkt, was im gesamten Süden Europas, in Spanien, Italien, Griechenland, auf dem Balkan usw. passiert. Früher dachte ich, dass dies zwar unvermeidlich ist, aber erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten der Fall sein wird. Wie kam es zu diesem plötzlichen Wandel? Die EU hat sich bei der Überwachung des östlichen Teils ihrer Gebiete auf Lukaschenko verlassen. Sie hat seinem Regime Millionen von Euro für die "Grenzverwaltung" gezahlt und diese "Verantwortung" im Wesentlichen an einen ansonsten kritisierten und unbequemen "letzten europäischen Diktator" delegiert. Die jüngste Scheinwahl in Belarus wurde zu einem Aufschrei der Proteste und Streiks, größer als je zuvor, und die



Beziehungen zwischen Lukaschenko und den EU-Ländern wurden "komplizierter". Viele Regierungen, darunter auch die polnische, distanzierten sich öffentlich von ihm.

Und ähnlich wie Erdogan in der Türkei war er sich der geopolitischen Macht bewusst, die sich aus der Nachbarschaft zu einem EU-Staat ergibt, und er begann, diese Position als Druckmittel einzusetzen. In einem Staat, der so stark vom Regime kontrolliert wird wie Belarus, wäre es für die Menschen sehr schwierig, ohne ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung des Regimes in und durch sein Hoheitsgebiet zu migrieren. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass die Migrationsroute durch Belarus von Personen, Unternehmen und Kräften, die eng mit dem Regime verbunden sind, stark gefördert wurde.

*Angesichts der aktiven Rolle des belarussischen (und russischen) Regimes bei der Erleichterung der Migration von Menschen durch Belarus und nach Lettland, Litauen und Polen verstand ein Großteil der EU dies in erster Linie als eine Form des hybriden Krieges und von Aggression. Polen hat sich auf die Rhetorik der Verteidigung seines Territoriums gegen "Migrant*innen" eingelassen, die von Belarus instrumentalisiert wurden, um die Integrität und Souveränität des polnischen Territoriums anzugreifen. Die "Migrant*innen" werden stets eher als militärisches Gerät dargestellt, das gegen Polen eingesetzt wird, denn als Menschen mit einer eigenen Geschichte, eigenen Motiven und eigenen Interessen in dieser Angelegenheit.*

Sie hereinzulassen wäre ein Zeichen der Schwäche und käme einer Niederlage in einer Auseinandersetzung gleich. Wie bei den meisten Dingen gibt es auch bei dieser Sichtweise einen gewissen Wahrheitsgehalt. Das belarussische Regime instrumentalisiert eindeutig die Menschen auf der Flucht, um Druck auf Polen und die EU auszuüben. Die belarussischen Behörden haben aktiv Menschen entlang der Grenze befördert, Zäune zerschnitten, Grenzübertritte erzwungen, Menschen mit Steinen und Stöcken versorgt, um polnische Grenzbeamte zu bewerfen usw. Es ging dabei nicht unbedingt darum, einen erfolgreichen Grenzübertritt zu ermöglichen, da die Behörden auf belarussischer Seite oft viel Lärm machten, der die polnischen Grenzbeamten auf die Grenzübertritte aufmerksam machte.

Je mehr Push-Backs, desto mehr Bestechungsgelder sind zu kassieren. Dies ist zwar in der Tat eine Politik der Entmenschlichung, aber für Menschen, deren Ziel es ist, die EU zu erreichen, ist es auch eine riskante, aber realistische Chance, dieses Ziel zu erreichen. Und während das polnische Regime Kritik übt an Lukaschenkos Instrumentalisierung von Menschen, tut sie genau das Gleiche, wenn er sie immer wieder zurückstößt und ihre Menschlichkeit, ihre Entscheidungen und Ziele missachtet - außer im Falle Polens, wo dies ein Ausdruck edler Verteidigung gegen eine rücksichtslose Aggression sein soll. Beide Regime sind schnell dabei, mit dem Finger auf die Missachtung der Menschenrechte durch das jeweils andere zu zeigen und sich gegenseitig die Schuld für das menschliche Leid zuzuschieben - ein wahrhaft grotesker Ausdruck von gegenseitiger Heuchelei.

Viele Menschen, die unterwegs sind, haben inzwischen Angst vor dieser Grenze. Und das gilt auch für viele Menschen aus der Region, deren Leben sich innerhalb weniger Wochen drastisch verändert hat. Eine Person, mit der ich sprach, die ihr ganzes Leben dort verbracht hat, war sichtlich gestresst und nervös, als sie durch eines der Grenzdörfer ging, in denen sie aufgewachsen ist. Nach einem kurzen Gespräch erzählte sie, dass sie einmal von einem Soldaten mit einem Gewehr zurechtgewiesen wurden, weil sie der Grenzinfrastuktur zu nahe gekommen waren. Sie waren auf Nahrungssuche, wie sie es schon seit Jahrzehnten getan hatten. Sie zeigte auf die Grenze und sagte mit zittriger Stimme: "Siehst du, siehst du sie alle dort, sie sind alle dort und sie beobachten ..." Ich konnte nichts sehen. Einige

*Menschen begannen, alle ihre Tore zu verschließen und nach Einbruch der Dunkelheit im Haus zu bleiben. Viele Mythen und Geschichten über Migrant*innen, die in die Häuser der Menschen eindringen, werden erzählt, die ziemlich unrealistisch klingen. Wenn ich fragte, wem das passiert ist, lautete die Antwort immer: "Jemand in irgendeinem Dorf, aber ich weiß es nicht, das sagen die Leute so...". Einige Leute haben Angst vor "Migrant*innen", andere haben Angst vor Soldat*innen, die geladene Waffen tragen und sich regelmäßig betrinken, um mit der Realität der Ausführung von Befehlen wie "nimm diese Familie mit schreienden Kindern und weinenden Babys und wirf sie über den Zaun zurück nach Belarus" fertig zu werden. Mehrere Soldat*innen starben, weil sie sich selbst erschossen, entweder aus Versehen oder selbstbestimmt. Einige Anwohner*innen stellen das Fernsehen laut, versuchen, nicht daran zu denken, was um sie herum geschieht, versuchen, sich an die vorbeifahrenden Militär-lastwagen und -hubschrauber zu gewöhnen und mit ihrem Leben weiterzumachen. Aber nichts ist mehr so, wie es einmal war, und die Krise wird langsam zur "neuen Normalität".*

*Die polnische Regierung hat im September 2021 eine Sperrzone an der Grenze eingerichtet, den Ausnahmezustand ausgerufen und den Bewohner*innen der Region viele Bürger*innen-Rechte entzogen. „Wir konnten keine Gäste empfangen, ohne eine Sondergenehmigung zu beantragen, wir konnten keine Treffen oder Veranstaltungen organisieren. Es ist illegal, Fotos von dem zu machen, was um uns herum geschieht, wir müssen immer eine ID mitführen und die Region war für humanitäre Organisationen und unabhängige Journalist*innen überhaupt nicht zugänglich. Monatlang wurden wir auf der Straße, welche in diese Zone hinein und aus ihr heraus führt, kontrolliert. Wir wurden gefragt, wohin wir fahren, woher wir kommen, warum, was im Kofferraum des Autos ist, ob wir heute Nacht irgendwelche illegalen Einwanderer fahren. Man muss nicht viel tun, um einigen der Polizist*innen, die fragen, verdächtig zu erscheinen“. Wenn ein*e Polizist*in ihre/seine Macht gerne zur Schau stellt, wird sie/er den Inhalt Ihres Autos gründlich überprüfen, sich vergewissern, dass alle Ihre Papiere in Ordnung sind und es genießen, Sie zu ärgern, z.B. gleich morgens auf dem Weg zur Arbeit. Wenn Sie genervt sind und sich beschweren (sagen wir, es ist Ihr vierter Kontrollpunkt innerhalb einer halben Stunde und Sie kommen irgendwo zu spät), werden die meisten misstrauisch, verschwenden noch mehr Zeit mit Ihnen und erinnern Sie daran, dass sie hier sind, um "das Vaterland zu schützen". Wenn sie den Verdacht haben, dass Sie "illegalen Einwanderern helfen" (z. B. weil Sie einen Schlafsack im Kofferraum haben, eine Menge Lebensmittel mit sich führen oder jung und "links" aussehen), werden sie Sie wahrscheinlich zur Seite nehmen, Ihre Papiere gründlich überprüfen, Sie auffordern, Ihre Taschen zu leeren, ihnen die Apps zu zeigen, die Sie auf Ihrem Telefon benutzen, oder mit Ihrer IMEI-Nummer (eindeutige Hardware Nummer eines Mobiltelefons/Smartphones) zu beweisen, dass Ihr Telefon nicht gestohlen ist.*

Es wäre entschuldbar, auf Nebenstraßen, durch Felder und Wälder zu fahren, nur um dies zu vermeiden. Aber auch das macht Sie sofort verdächtig. Sobald man sich entschließt, sein Haus zu verlassen, muss man sich eine Strategie zurechtlegen und es ist schwer, sich gegen das paranoide Denken zu wehren, das dadurch entsteht. Man muss Geschichten für alle Gelegenheiten haben.

*Als ich mich wieder hinsetze, um diese Zeilen zu schreiben, ist die Zone fast ein Jahr nach ihrem Entstehen wieder aufgehoben worden. Als die Ukraine überfallen wurde und Millionen von Menschen nach Polen flüchteten, war es unmöglich, das Engagement der Polizist*innen in diesem Umfang fortzusetzen. Ich frage mich, ob sie sonst noch existieren würde.*

Ungeachtet der Schwierigkeiten können die Menschen, die ein- oder zweimal denen begegnen, die die meisten von uns heute als "Menschen des Waldes" bezeichnen, nicht wirklich weiter hier leben, ohne in

die Wälder zu gehen, ohne zu bedenken, was jede Art von Wetter für die Menschen dort bedeutet. Regen ist gut für unsere Gärten, aber nicht für diejenigen, die sich verstecken. Das warme Wetter ist ein Segen nach den eisigen Wintermonaten, aber die Mücken und Zecken sind mit voller Wucht unterwegs. Die Hitze kann unerbittlich sein. Und es ist nicht möglich, all die Begegnungen, die müden, verängstigten und apathischen Gesichter zu vergessen. Es scheint, als gäbe es eine logische Abfolge der Dinge, die Menschen tun, wenn sie sich engagieren, um zu helfen: Du triffst jemanden, der Wasser und Essen braucht, gibst es ihm, damit er überlebt, und hoffst, dass alles gut geht; nach einer Weile triffst du dieselbe Person zum zweiten oder dritten Mal, sie erzählt dir die Geschichte ihres gewaltsamen Push-Backs und du fragst dich, was du tun sollst, damit so etwas nicht noch einmal passiert; draußen wird es bis zu minus zehn Grad kalt, und die Menschen, die du triffst, sind in großer Gefahr, an der Kälte zu sterben. Aber egal, wie krank sie sind, sie flehen dich an, den Krankenwagen nicht zu rufen. Man merkt, dass sie in großen Schwierigkeiten stecken, wenn man sie nicht irgendwohin bringt, wo sie sich aufwärmen können; und dann trifft man diejenigen, die schon mehr als 30 Mal hin- und her "gereist" sind, weil sie mit einem wenige Monate jungen Baby unterwegs sind, das schreit und sie immer wieder aufgehalten werden, und man merkt, dass man sie so schnell wie möglich aus dem Wald herausholen muss, um eine weitere Runde Push-Back zu verhindern. Früher oder später fängt man unweigerlich an, sich an einer Art "Untergrundnetzwerk" zu beteiligen und findet heraus, dass eine ganze Reihe ansonsten "normaler" Menschen häufig an kriminellen oder potenziell illegalen Handlungen beteiligt sind, die inzwischen die offensichtliche und logische Reaktion auf das sind, was man gesehen hat. Und man fragt sich, wie lange dieser Wahnsinn noch andauern wird... Die Militärlastwagen hören nicht auf, die winzigen Dorfstraßen zu befahren; die Mauer ist fast fertig und hält erwartungsgemäß niemanden auf; der Grenzschutz twittert täglich, wie vielen Menschen er an der ukrainischen Grenze geholfen und wie viele er an der belarussischen Grenze aufgehalten hat; der Krieg nebenan wird voraussichtlich in vielen Teilen Afrikas Hunger verursachen; die Temperaturen auf der Welt brechen erneut Rekorde; es besteht also kein Zweifel daran, dass die Menschen weiter migrieren müssen, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Machthaber sich dieser Wahrheit stellen wollen...



The Border

You will take scissors out of your pocket and cut into his old trousers, which he can no longer take off by himself. The fabric will bulge while you cut unceasingly, in a hypnotic rhythm. The forest will rustle and the man's cloth prison will burst, and he will straighten up imposingly. His language is foreign, but it sounds like a horn when they speak at once. They will stand before us, crushed under an invisible burden - hunched later before a first, maybe last loaf of bread. They will be happier, though not happy. Closer to life at least for a moment.

You will take a little knife out of your pocket and cut a piece of bread. A tomato and margarine sandwich is the best we can afford right now, and the most complicated we have the time to prepare. The backyard is kempt, and in the garden lettuce is slowly beginning to ripen. We toss it in the sandwiches. "So that it crunches" - you say and it really does crunch; it's healthy and fresh. Flies are flying around, a cat is rubbing against my legs; it's been meowing since 3 a.m. It's a bit rustic and strange, as if there was some parallel world where we can't settle down with the same ease. I shake off this thought like a dog.

They wade through mud or forest sand, always wading, always going, always onward, because the lives of their mothers and the future of their children depend on it. And so, crushed by the sun, they wander, bent characteristically, unmindful of reality, until they stumble upon our kindness. You shake off my thought like a dog shakes off water. You don't like this word. It sounds as though we played first fiddle and it stirs our ego. I think about it as they voraciously empty the donated bottles. We aren't good, we are normal, and they're going nowhere because they have hope.

We're going onward, bound for the store. It towers above us with its looming bulk, although from away it didn't seem big at all. We buy the usual. Some vegetables and bread; the margarine will last us for long still. Stock cube because you'll be boiling soup, like every Sunday, when your old mother comes to visit. She likes a warm meal. We're already at the checkout and the cashier looks at us somewhat askance. We pay. Coins fall on the counter with a melodious clink.

In my pocket I have another orchestra - keys and a few little coins are the musicians. I thrust money into one of their aged mothers' hand. She whispers something in a foreign tongue. The forest will rustle in response.

Their feet are gashed like stumps of the old birches they walk past on their way off the beaten path. The woods are untraversed and cool. They take a man apart with every day spent in the wilds. Nobody could be ready for this.

I hold his wrinkled face in my hands, and he flickers out, crestfallen. His speech still smolders with a delicate flame of survival.

A fire is burning on the stove and we're boiling soup for your mother. She's a good, warm woman, although taciturn, quiet with a silence that sometimes approaches muteness. The soup will be sour and good; with cucumbers from the store and dill from the garden it's reminiscent of summer, when you were still a child. We didn't know each other back then, but we were probably already destined to meet. The countryside often connects people who have no influence.

They have no choice. When the army comes, no one has a choice. They will come back through pain, while we stand and wait, fingers crossed, hoping that this time no one will be arrested. It's all we can do. Our support is met with a collision and we watch them get in the car, humped, crying in their melodious language.

Mother eats the soup heartily. We will donate the leftovers. We never add pork. We're simple people, but we have good hearts and a will to help, though we're tormented by the sense that true service will always be beyond our reach. They say it isn't true. They tell us of the army's assault today. I will take one of them by the hand and look deep into his eyes. Tears will well up.

Barking somewhere in the distance will be a village dog.

